beziehungen zwischen Juden und Staat, Adel und Städten. Seine Analysen führt der Autor ohne Vorurteile — weder im positiven Sinne noch im negativen — durch. Durch seine sachliche Berichterstattung bietet er einen weitgespannten objektiven Überblick über zwei Jahrhunderte jüdischen Daseins in Böhmen und Mähren.

Die schweren Belastungen, denen die Juden in jener Zeit immer wieder ausgesetzt waren, z. B. wiederholte Vertreibung, hatten — wie L. darstellt — sowohl wirtschaftliche als auch politische und religiöse Gründe. Zu einer einigermaßen tragbaren Situation kam es erst in der Regierungszeit Josefs II.

Der Autor geht auch auf verschiedene innerjüdische Institutionen, sowohl auf Gemeinde- als auch auf Landesebene, ein und zeigt auf, wie die Juden ihre Probleme intern zu lösen bestrebt waren.

Das Buch, dem ein ausführlicher Quellennachweis beigelegt ist, kann allen, die Geschichte — insbesondere aber die Geschichte der Juden aus den Ländern der böhmischen Krone — studieren wollen, zum Lesen empfohlen werden.

Mönchengladbach

Rudolf M. Wlaschek

Deutsche Gesandtschaftsberichte aus Prag. Innenpolitik und Minderheitenprobleme in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Teil I: Von der Staatsgründung bis zum ersten Kabinett Beneš 1918—1921. Berichte des Generalkonsuls von Gebstättel, des Konsuls König und des Gesandten Professor Saenger. Ausgewählt, eingeleitet und kommentiert von Manfred Alexander. (Veröff. des Collegium Carolinum, Bd. 49/I.) R. Oldenbourg Verlag. München 1983. 751 S.

Was die diplomatischen Vertreter des Deutschen Reiches in Prag zwischen den beiden Weltkriegen über die Lage in ihrem Gastland dem Auswärtigen Amt berichtet haben, ist der Gegenstand einer neuen Aktenedition, deren erster Band jetzt vorliegt. Durch sie sollen nach den Vorstellungen von Herausgeber (Ferdinand Seibt) und Bearbeiter scharf beobachtete Züge im politischen Alltag dieses Nachbarstaats denjenigen nahegebracht werden, die wegen fehlender Kenntnis der slawischen Landessprachen Einzelheiten aus diesen Vorgängen sonst kaum erfahren können, zumal in der Tschechoslowakei vorhandenes Material, auch in deutscher Sprache, aus diesen zwei Jahrzehnten heute so gut wie unzugänglich ist. Der hier anzuzeigende Teil endet mit der Ernennung Beneš' zum Ministerpräsidenten¹, zu welchem Zeitpunkt zufällig auch ein Wechsel an der Spitze der deutschen Gesandtschaft eintrat: Gesandter Walter Koch wurde Nachfolger des Geschäftsträgers (nicht: Gesandten!) Samuel Saenger (September/Oktober 1921). Die meisten der hier veröffentlichten rund 270 Akten sind Prager Berichte. Einige Stücke enthalten Berichte des Konsulats in Brünn und der Paßstelle in Mährisch-Ostau sowie anderer preußischer oder deutscher Vertretungen (Dresden, Wien, Bern). Wie man im Amt selbst die Vorgänge in der ČSR beurteilt hat, erfahren wir aus den Randnotizen oder in Berlin angefertigten Aufzeichnungen, die ebenfalls abgedruckt werden.

1) Die im Titel — nicht in der Einleitung! — verwendete Bezeichnung „erstes Kabinett Beneš“ ist falsch; Beneš war nur einmal, vom September 1921 bis zum Oktober 1922, tschechoslowakischer Ministerpräsident.

Die hier veröffentlichten Quellen erweitern unsere Kenntnis einmal durch die anschauliche, materialreiche und sehr ins einzelne gehende Schilderung der vielfältigen staatsrechtlichen, parteipolitischen, sozialen, ökonomischen, kulturellen, national- und konfessionspolitischen Probleme, mit denen man sich im neuen Staat auseinanderzusetzen hatte. Entgegen der verbreiteten, bis in unsere Zeit auch von der sudetendeutschen Publizistik gestützten Meinung, die tschechoslowakische Innenpolitik sei in erster Linie vom Kampf zwischen Tschechen und Sudetendeutschen bestimmt gewesen, mußte man sich nämlich, wie in diesem Band überzeugend belegt wird, hier damals darum bemühen, auch andere, als ebenso dringlich empfundene Schwierigkeiten zu lösen. Das waren etwa die Beziehungen zur angeschlossenen Slowakei, die Eingliederung der Karpatenukraine, die Aufstellung einer Streitmacht — wobei es vor allem um die soziale und politische Integrierung der heimgekehrten Legionäre ging —, der Versuch, eine Nationalkirche zu gründen, und antisemitische Ausschreitungen — oft als Ausdruck der Feindschaft gegen die Deutschen —, aber auch innerparteiliche Vorgänge, wie die Spaltungstendenzen in den einzelnen sozialdemokratischen Gruppen, und die Probleme bei der Umstellung von der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft. Zwar ist von den hier erläuterten Zuständen und Entwicklungen nichts völlig unbekannt, doch besteht der Wert der Edition vor allem darin, daß wir durch sie kontinuierlich — sozusagen von Tag zu Tag — und präzise darüber unterrichtet werden, wie dieser innenpolitische Prozeß nach den Aufzeichnungen reichsdeutscher Diplomaten abgelaufen ist.

Zum anderen sind die hier mitgeteilten Quellen wichtig, wenn man erfahren will, wie damals die deutsche Reichsleitung die sudetendeutsche Frage beurteilt hat. Selbstverständlich mußte die Führung der deutschen Außenpolitik vornehmlich um die Wahrung der Interessen des Reiches und seiner Angehörigen besorgt sein, so daß sie sogar die nationale Gefährdung von Stammverwandten, wenn diese jenseits der Grenzen lebten, nur in diplomatischer Distanz beobachten konnte. Trotzdem überrascht, wie sehr diese offizielle Zurückhaltung gegenüber den Vorgängen in einem fremden Staat vom etatistisch bestimmten kleindeutschen Nationalbewußtsein beeinflußt war. Zeugnisse für die Vorstellung vom Vorhandensein einer grenzüberschreitenden nationalen Gemeinsamkeit fehlen gänzlich. Ebenso blieb auch die Möglichkeit unbeachtet, unter Berufung auf das gerade damals besonders wirksame nationale Prinzip die territoriale Erweiterung des Deutschen Reiches in die böhmischen Länder hinein vorzubereiten. Im Gegenteil: auf das gleiche Argument von den historischen Grenzen, das von der tschechischen Seite augenscheinlich mit Erfolg verwendet wurde, wollte man sich auch in Berlin stützen, um die ethnisch begründeten Ansprüche der Polen auf Reichsgebiet abzuwehren.

Neu ist schließlich auch die Beobachtung, daß nicht erst von der Außenpolitik des nationalsozialistischen Deutschland, sondern schon von der des zu Ende gehenden Kaiserreichs und der Weimarer Republik die Sudetendeutschen und ihre Lage im neuen Staat als machtpolitisches Instrument genutzt wurden. So wurde etwa den sudetendeutschen Wortführern, namentlich in den Monaten bis zum Inkrafttreten des Friedensvertrags, dringend Wohlverhalten gegenüber den neuen Autoritäten in ihrer Heimat empfohlen, damit die Gefahr, daß die tschechoslowakische Regierung Repressalien gegenüber Reichsdeutschen und deren Besitz in den böhmischen Ländern ergreifen könnte, möglichst gering bleibe. Auch später sollten die Sudetendeutschen alles vermeiden, was die von Berlin angestrebten guten Beziehungen zur ČSR trüben könnte. Auf der anderen Seite aber wünschte man im Amt gar nicht, daß die Sudetendeutschen

nationalpolitisch völlig zufriedengestellt wären; sie würden sonst nicht als machtpolitisches Druckmittel verwendet werden können. Die Überlegungen zur Lage der Sudetendeutschen und die diesen erteilten Ratschläge sind nicht frei von der Arroganz des *beatus possidens*.

Die editorische Zurichtung und der wissenschaftliche Apparat zeugen von Fleiß und Sorgfalt. Die Erläuterung von Begriffen und Persönlichkeiten, vor allem, wenn sie in den veröffentlichten Akten mehrfach genannt werden (z. B. Magyarone; Šámal, Koerner) hätte aber besser aufeinander abgestimmt werden können. Unerklärt — und uneinheitlich — ist der Gebrauch von Kursivdruck und Klammern. Rechtschreibung und Zeichensetzung sind, entgegen dem Vorhaben, nicht überall den heutigen Regeln angeglichen. Vermeintliche stilistische Unebenheiten in der Vorlage hätten mit mehr Zurückhaltung korrigiert werden sollen, denn viele der geänderten Stellen sind auch im „Originalton“ verständlich.

Köln

Peter Burian

Yeshayahu A. Jelinek: The Lust for Power: Nationalism, Slovakia, and the Communists 1918—1948. (East European Monographs, Nr. 130.) East European Monographs. Boulder/Columbia University Press. New York 1983. XII, 185 S.

Die Geschichte der Kommunistischen Partei der Slowakei (KPS) und ihre Einstellung zur nationalen Frage ist nach 1945 in der Tschechoslowakei je nach den politischen Gegebenheiten umgeschrieben und der vorherrschenden Linie opportunistisch angepaßt worden. Yeshayahu Jelinek, seit kurzem Associate Professor für Geschichte an der Ben Gurion Universität des Negev und häufiger Gast an amerikanischen Universitäten, ein guter Kenner der slowakischen Entwicklung seit 1918 und besonders der Geschichte der Slowakischen Volkspartei Hlinkas (SVP), unternahm den seit langem überfälligen Versuch, die Entwicklungstrends und -brüche, die taktischen und personellen Alternativen der slowakischen Kommunisten sowie das Ausmaß ihrer Abhängigkeit von den Prager und Moskauer Direktiven im Kampf um die Macht darzustellen. Weitgehend gestützt auf die penible Auswertung der kommunistischen Parteipresse, unter Heranziehung einiger unpublizierter Akten aus deutschen, britischen und amerikanischen Archiven und der Befragung von Beteiligten hat er eine sprachlich beeindruckend dichte, inhaltlich aber etwas ungleichgewichtige Darstellung der wichtigsten Etappen der kommunistischen Machtergreifung in der Slowakei vorgelegt, die in vielen Bereichen bedeutsame Korrekturen zur parteioffiziösen Geschichtsschreibung anbringt.

Die in sechs Kapitel aufgeteilten 124 Textseiten werden von 32 vollgepackten Seiten mit Anmerkungen, einer umfangreichen, wenn auch nicht erschöpfenden Bibliographie (14 S.) und einem detaillierten Register glücklich ergänzt, wobei Schwerpunkt und Interesse des Vfs. eindeutig auf der Interpretation der KPS-Aktionen im „Schutzstaat Slowakei“ aus Hitlers Gnaden während des Zweiten Weltkriegs liegen (S. 35—78). Das Eingangskapitel, das sich mit der Behandlung der „slowakischen Frage“ bis zum V. Kominternkongreß (1928) und dem V. Parteitag der KPTsch (1929), also bis zur Ablösung Šmerals durch Gottwald und seine „Karlin-Jungs“ (Karlinští kluci), beschäftigt, lag bereits als Aufsatz (Slavic Review 34, 1975, S. 65—85) vor. War zuvor ein pragmatisches Anpassen an die politischen und ökonomischen Gegebenheiten kennzeichnend für das Verhalten der KPS gewesen, so wurde nach 1929 ein strikt den